

Wolfsstimme

zugleich Volksstimme für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielitz, Republikanska Nr. 4. — Telefon Nr. 1294
Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien
1e um 0,12 Zloty für die achteckige Zeile,
außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp.
von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen
tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Vierteljährig vom 16. bis 30. 9. cr
1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl.
Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Katto-
witz, Seatestraße 29, durch die Filiale Königshütte
Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolportiere

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Seatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29), Postfachkonto P. K. 2., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprechanzeige: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Die Wirtschaftskrise vor dem Völkerbund

Furcht vor der wachsenden Arbeitslosigkeit — Französische Vorschläge zur Abhilfe — Internationale Kartelle — Zusammenarbeit aller Staaten

Genf. Der Ausschuss des Völkerbundes begann heute die große Aussprache über die internationale Wirtschaftskrise. Der französische Handelsminister legte in einer größeren Rede den bereits hinreichend bekannten Standpunkt der französischen Regierung über die zur Überwindung der Krise notwendigen Maßnahmen dar.

Er führte im einzelnen u. a. aus: Der Völkerbund müsse sich von theoretischen Erwägungen zu praktischen Maßnahmen übergehen, da die Arbeitslosigkeit in allen Ländern steige. Auf einigen Gebieten seien bereits Abhilfemaßnahmen ergriffen, so auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Fragen. Deutschland habe Vorzugsverträge mit Ungarn und Rumänien abgeschlossen. Die französische Regierung führe solche Verhandlungen mit Südslawien, Rumänien und Ungarn. Auf diesem Wege könne eine Besserung der wirtschaftlichen Lage in Mitteleuropa herbeigeführt und eine Stärkung der Kaufkraft der Bevölkerungen gesichert werden. Zur Überwindung der europäischen Arbeitslosigkeit sei eine organisierte Zusammenfassung der Bemühungen der Regierungen notwendig. Dringend wünschenswert sei eine sofortige Vergabe großer öffentlicher Arbeiten. Von großer Bedeutung sei es ferner, daß die Erzeuger aller Länder sich über die Produktionsmethoden und die Verteilung der Arbeit einigten.

Der Gedanke der industriellen Kartelle müsse ausgeklärt werden. Durch diese Mittel würde der Weg für eine allgemeine Zollunion und für eine Senkung der Zölle frei. Der Minister forderte alle Mächte zur Zusammenarbeit und gemeinsamen Überwindung der Krise auf. Die französische Abordnung reichte dem Ausschuss drei Vorschläge ein, in denen Weiterführung der bekannten französischen Pläne auf Abschluß internationaler Industriekartelle, Prüfung der Möglichkeiten der Vergabe öffentlicher Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Organe des Völkerbundes und Vereinfachung der Zollnomenklaturen verlangt werden.



Zum Bankentommissar

Soll nun endgültig Ministerialdirektor Dr. Ernst vom preussischen Handelsministerium ernannt werden. Ministerialdirektor Ernst, der früher Staatskommissar an der Berliner Börse war, gilt als ausgezeichnete Kenner des Bank- und Börsenwesens.

In den Ausführungen des französischen Handelsministers fand sich kein Wort über den Gedanken einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich. Diese Tatsache wurde allgemein bemerkt, da erwartet worden war, daß der Minister im Hinblick auf den Berliner Besuch auf den Gedanken einer deutsch-französischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit eingehen würde.

Wieder Oberschlesien

Auf der Suche nach einem Kompromiß.

Während eine Reihe von Kommissionen in Genf tagen, um die reichhaltige Tagesordnung der diesmaligen Völkerbundsversammlung einem „glücklichen“ Ende zuführend, kommen die leidigen, unerledigten Fragen immer kräftiger zum Vorschein. Diese Tagung soll die oberschlesische Terrorbeschwerde bringen und die Proteste der Ukrainer, bezüglich der Pazifikation in der Westukraine. Polen war bemüht, in der letzten Angelegenheit eine Vereinigung im Lande selbst vorzunehmen und die Beschwerdeführer zu veranlassen, ihre Proteste zurückzuziehen. Dieser Aktion ist der beste und fähigste Kopf entrißen worden, Solonzo ist das Opfer eines Mordanschlages geworden, dessen Täter auch heute noch nicht ermittelt werden konnten. Ein Teil der polnischen Presse hat sich die Sache außerordentlich günstig gestellt, indem sie weniger Wert darauf legt, die Täter zu ermitteln, als nach angeblichen Urhebern hinzuweisen, die bei einer gewissen pathologischen Gehirnarbeit nicht anders auslaufen konnten, als daß man einfach alle Schuld auf Berlin schiebt, welches angeblich mit den Ukrainern in Verbindung stand. Zu diesem Zweck war man in der Lage, Dokumente zu beschaffen, die so des gleichen Ursprungs sind, wie jenes seine Dokument im Prozeß gegen Ulik, wo man zwar den Zusteller vor sich hatte, aber nach dem Hersteller nicht mehr gefahndet hat, obgleich er sehr leicht zu ermitteln gewesen wäre. Und so heßt man seit Wochen und läßt Ruße erschallen: Berlin, Berlin ist schuld. Was kümmerts, wenn dort ein Dementi herausgegeben wird, daß, so nebenbei gesagt, nicht nur unglücklich angefaßt, sondern mit aller Deutlichkeit zeigt, daß man im Berliner Außenamt die Nerven verliert, wenn eine gefälschte Geschichte aufgeföhrt werden soll. Diese, nach Berliner Angaben, gefälschten Dokumente, würden in politischen Kreisen Eindruck erwecken können, wenn sie nicht aus Kreisen kommen würden, die schon bei anderer Gelegenheit, wie mit den Trotski-Artikeln, der Fälscherei überführt sind. Mit solcher „Publizität“ die Feder zu kreuzen, mag weniger angenehm sein, das kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß man durch eingehende Registrierung aller „Auslandsstimmen“ in der polnischen Bevölkerung den Eindruck erweckt hat, als wenn die Geschichte nicht ganz „rein“ sei.

Der Durchschnittsleser sieht die Wirkung und spricht nicht nach den Ursachen. Sie werden erst dann erklärlich, wenn man weiß, daß seit Monaten zwischen Genf und Warschau, ja, sogar auch zwischen London und Warschau, verhandelt wird, um eine solch unangenehme Geschichte, wie die Ostgalizische Pazifikation, aus dem Wege zu räumen, sie nicht zum Verhandlungsgegenstand auf der Völkerbundtribüne zu machen. Im Interesse der Ukrainer, des polnischen Staates, wäre die letztere Lösung jedenfalls besser. Aber sie ist bisher nicht gelungen, und nach der Ermordung Solonzos erscheint es einfach zwecklos, Versuche in dieser Richtung überhaupt zu unternehmen. Aber die gewissenlose Heze, die die ukrainische Bevölkerung sogar mit Berlin in Verbindung bringen will, hat auch jede Verständigung für die Zukunft unterbunden, und, ob nun auf dieser oder auf einer der kommenden Völkerbundstagungen, die Pazifikation wird zur Aussprache kommen und immer neue Wunden aufreißen. Dazu, daß die Sache nicht mehr innerhalb Polens und seiner ukrainischen Minderheit bereinigt werden kann, dafür hat die einseitige Heze gegen Deutschland gesorgt. Denn jetzt muß auch Deutschland allen Wert darauf legen, eine Vereinigung der Dinge herbeizuföhren, nachdem ihm unterschoben wird, daß es irgendwelche unerlaubten Beziehungen zu den in Polen lebenden ukrainischen Minderheiten gepflegt hat. Die ganze Dokumentenaffäre ist ein Spionagespiel, und es ist auf das tiefste zu bedauern, daß sich die Staaten heute noch dieser Mittel bedienen, um einander zu kompromittieren. Daß Spionage getrieben wird, kann leider kein Geheimnis sein, denn dazu werden ihrer Zwecke erwischt und oft Dinge an den Tag gefördert, die jeder Beschreibung einer Kulturwelt spotten. Aber sie sind noch immer Mittel der alten und neuzeitlichen Diplomatie, und weil die Regierungen sich nicht verständigen wollen, so unterhalten sie ein System, welches weniger zum Schutz der Staaten, als zu ihrer dauernden Gefährdung beiträgt.

Unter dieser Atmosphäre stehen heute die Verhandlungen in Genf. Neben der ukrainischen Protestaktion, die von namhaften englischen Abgeordneten aller Parteien unter-

Finanzkontrolle über Oesterreich

Völkerbundsbedingungen für die Finanzhilfe — Revision der Sozialpolitik gefordert — Das Genfer Diktat für Oesterreich

Genf. Die Vereinbarung, die zwischen dem Finanzausschuss des Völkerbundes und dem österreichischen Bundeskanzler Buresch getroffen worden ist, bedeutet nach allgemeiner Auffassung die Erneuerung einer Finanzkontrolle des Völkerbundes über Oesterreich, wenn auch in verkleinelter Form. Aus den Erklärungen, die Buresch in der Schlussitzung des Finanzausschusses abgegeben hat und die zusammenfassend das Ergebnis der mehrtägigen Beratungen im Finanzausschuss wiedergeben, gehen folgende zwei Punkte hervor:

1. Die Ernennung eines Beraters des Völkerbundes bei der österreichischen Nationalbank zunächst auf unbestimmte Zeit, der die Kontrolle über die österreichische Nationalbank übernimmt.
2. Die Durchführung der jetzt vom Finanzausschuss ausgearbeiteten Sparpläne der österreichischen Regierung erfolgt unter Mitwirkung des Finanzausschusses des Völkerbundes und somit unter dessen Kontrolle.

Ueber die Person des Beraters des Völkerbundes bei der österreichischen Nationalbank und die Form der weiteren Finanzkontrolle wird nunmehr verhandelt.

Das vom Finanzausschuss der österreichischen Regierung übermittelte Sparprogramm umfasst, wie verlautet, im wesentlichen folgende Punkte:

1. Herabsetzung der Gehälter der Staatsbeamten um 10 v. H.
2. Schnelle Kontrolle der Finanzgebarung der Länder und Gemeinden.
3. Aufgabe der bisherigen finanziellen Unterstützung der Post und Eisenbahn.
4. Freisetzung des österreichischen Haushalts auf 1800 Millionen Schilling.
5. Revision der bisherigen Arbeitsvertragspolitik.

Als Kontrolleur für die österreichische Nationalbank ist bisher der frühere Direktor der Finanz- und Wirtschaftsabteilung des Völkerbundssekretariats, Sir Arthur Salter, vorgesehn.

Freie Bahn für Hochverräter

Lin. Die Untersuchung, die beim Linzer Landesgericht gegen die oberösterreichischen Heimwehrführer, vor allem gegen die drei Hauptführer Fürst Starhemberg, General English-Poppard und General Buchmayr schwebte, ist am Donnerstag eingestellt worden, weil sich aus den beschlagnahmten Akten und Korrespondenzen kein Beweismaterial für eine Anklage wegen Hochverrats oder Aufruhrs ergeben hat. Aus diesem Grund erfolgte auch am Donnerstag die Entlassung der Führer.

Um den Rück tritt von Curtius

Berlin. Der „Vorwärts“ gibt eine Meldung des sozialistischen Pressedienstes wieder, wonach Reichsaussenminister Curtius auf einen kürzlich an ihn vom Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldey nach Genf gerichteten Brief, der Curtius darüber unterrichtete, daß die Mehrheit der volksparteilichen Fraktion gegen sein weiteres Verbleiben im Amt sei, nunmehr telegraphisch geantwortet habe, daß er sich ausschließlich dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung verantwortlich fühle.

Wie von volksparteilicher Seite verlautet, trifft die Meldung des „Vorwärts“ in dieser Form nicht zu. Wichtig sei dagegen, daß ein Meinungsaustrausch zwischen dem Reichsaussenminister und dem volksparteilichen Führer Dr. Dingeldey stattgefunden hat.

klüft wird, steht auch noch die deutsche Beschwerde über die Terrorwahlen auf der Tagesordnung. Sie soll erst gegen Schluß der Tagung, zwischen Abfahrt und Schwanengesang, zur Behandlung kommen. Wir haben hier die Dinge in Genf selbst schon einer eingehenden Kritik unterzogen und wiederholt hervorgehoben, daß sich der gegenwärtige Zeitpunkt überhaupt nicht zur Behandlung von Minderheitsfragen eignet, weil die Welt heute ganz im Zeichen der Wirtschaftskrise und Finanzjorgen der Staaten Europas steht. Aber, es nützt nun einmal nichts, stille Kompromisse sind kaum noch möglich, weil sich die Staatsmänner festgefahren haben. Deutschland hat den letzten Bericht zu seiner Oberschlesierbeschwerde vertagen lassen, weil es die Verhältnisse durchaus nicht so befriedigend anseht, wie dies im polnischen Bericht zum Ausdruck kommt. Daß, zum Beispiel, die Lösung zwischen Behörden, bezw. deren Vertretern und dem Aufständischenverbande, nicht erfolgt ist, wurde uns erst am Sonntag bewiesen, und auch die Anwesenheit des Staatspräsidenten wurde vielfach bitter empfunden, daß dieser kein Wort an die Minderheiten zu verlieren hatte, als er bei der Aufständischenfeier anwesend war. Bezüglich des Regimes in der Wojewodschaft, welches doch auf eine Zusammenarbeit zwischen Mehrheit und Minderheit gerichtet werden sollte, merkt man nichts und der deutsche Wunsch des Völkerbundes, daß auch in der Leitung eine Entspannung folgen soll, ist in keiner Beziehung befolgt worden. Daraus muß man entnehmen, daß hier eine Verständigung nicht möglich ist und wir stehen nun vor der Tatsache, daß Deutschland auch den jetzigen Bericht des Sapaners zu dieser Frage ablehnen wird.

Wir haben schon gestern darauf hingewiesen, daß der Japaner, der Berichterstatter der politischen Kommission, die die Minderheitenfrage bearbeitet, sowohl beim polnischen Außenminister Zaleski, als auch beim deutschen Außenminister Curtius vorgesprochen hat, um eine Lösung zu finden, aber, wie den Berichten entnommen werden kann, zu keinem Ergebnis gekommen ist. Es entsteht die Frage, was nun folgen soll, wenn Deutschland auch den jetzigen Bericht über die deutsche Beschwerde ablehnt, womit zu rechnen ist. Wir wissen, daß Versicherungen, die in den ober-schlesischen Beschwerden bisher gemacht worden sind, leere Versprechungen blieben, an den Verhältnissen nichts geändert haben und leider fast kaum eine Völkerbundstagung vergeht, ohne daß nicht Oberschlesien mit irgend einer Beschwerde auf der Tagesordnung prangt. Diese gegenseitige Angriffe und Abwehren haben einen Zustand geschaffen, der alles andere, nur nicht erfreulich ist. Er nützt den ober-schlesischen Minderheiten nichts, in Deutschland schafft er einen Zustand, der nur nach neuen Protesten Ausschau hält und in Polen einen Widerstand hervorruft, der nun besagt, und darum gerade nicht, denn der Völkerbund kann viel, aber er hat keine Macht, uns etwas aufzuzwingen und das Recht, welches er baut, nennt man Kompromiß, von dem man nur dann etwas hat, wenn der Partner den guten Willen bewiesen hat, daß er bereit ist, sich an Zugeständnisse zu binden. Bisher waren sie ein großer Leerlauf, trugen mehr zur Verschärfung, denn zur Entspannung bei.

Der einzige Ausweg, der heute zur ober-schlesischen Beschwerde noch offen liegt, befindet sich nicht in Genf, sondern in Warschau und Berlin zu suchen. Aber die neuerliche Hege, die gerade in Verbindung mit den angeblichen Dokumenten betrieben worden ist, hat auch hier eine offene Verständigung zwischen Warschau und Berlin unterbunden und die Fragen des Ausgleiches auf den Boden des sogenannten Prestiges gestellt, welches die Staatsmänner, um ihrer selbst willen, glauben, standhaft verteidigen zu müssen. Eine einseitige Verurteilung wird man im Völkerbund nie erzielen und ein schmachhaftes Kompromiß ist mehr eine Gelegenheit, zur Wiederholung von Vorgängen, wie sie sich in Oberschlesien abgespielt haben, denn eine glatte Beseitigung für die Zukunft. Die bisherigen Erfahrungen haben das mit aller Deutlichkeit gelehrt, und es liegt nicht im Interesse der deutschen Minderheit, daß sie selbst mit der Zeit an Beschwerden verzweifelt und schließlich in der Öffentlichkeit immer mehr verschwindet und dadurch auch dem Gegenpart Mut einflößt, daß der bisherige Kurs einer „Minderheitenversöhnung“ der richtige ist. Darum wiederholen wir, statt eines Kompromisses in Genf, wäre uns schon, im Interesse Deutschlands u. Polens, eine Verständigung zwischen Berlin und Warschau viel lieber. Ob sie jetzt möglich ist, erscheint fraglich, aber die deutsche Minderheit in Polen will leben, will sich, kraft der Daseinsbedingungen, entwickeln und fort-schreiten. Das ist aber nur dann möglich, wenn zwischen Berlin und Warschau die Verständigung Platz greift, nicht über Genf, sondern über die beiderseitigen Gesandtschaften, die scheinbar gerade über diese Fragen überhaupt keinen Meinungs-austausch pflegen. Hier scheint uns der Weg gegeben, der zum Ziele führt und, je eher er ergriffen wird, umso besser für die Minderheiten und die Staaten selbst.

Die Flottenrebolte vor dem Unterhaus

Die Unzufriedenheit „beigelegt“ — Keine Bestrafung der „Aufständischen“ — Vorstoß der Opposition — Dank an die Flotte

London. Die Aussprache über die Vorkommnisse auf der atlantischen Flotte wurde im Unterhaus von dem sozialistischen Abgeordneten Hall eingeleitet, der früher Zivillord der englischen Admiralität war. Er sei, so erklärte Hall, unterrichtet worden, daß die Mannschaften an Bord passiven Widerstand geleistet hätten. Es ergebe sich folgendes:

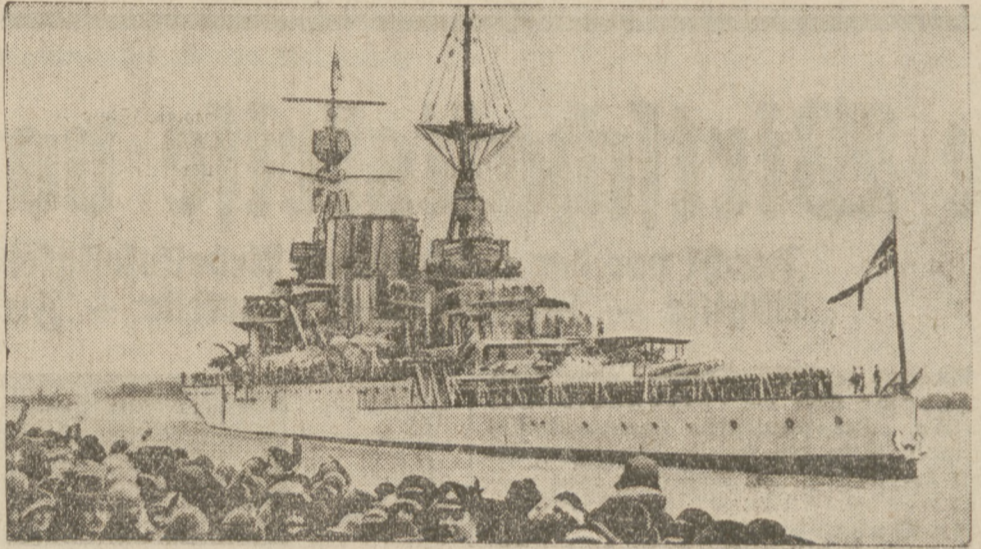
1. Die Bewegung sei in der ganzen Atlantischen Flotte allgemein gewesen;
 2. Der stellvertretende Flottenchef habe energisch, schnell und verständig gehandelt;
 3. Der einzige Grund für die Haltung der Matrosen sei in der Entscheidung der Regierung zu suchen, gewisse Abänderungen in den Soldstufen aller Dienstgrade zu machen.
- Hall wies ferner auf die Schwierigkeiten hin, in die viele Mannschaften infolge der Soldherabsetzung geraten würden. Jeder verständige Mensch müsse zugeben, daß der Staat gewisse endgültige Verpflichtungen den Leuten gegenüber nicht eingehalten habe. Hall ersuchte den Ersten Lord der Admiralität, die Angelegenheit zu untersuchen und hat, von einer Bestrafung der Mannschaften abzusehen.

Die Vergangenheit sei Vergangenheit, und er wolle nicht rückwärts sondern in die Zukunft blicken.

Der sozialistische Abgeordnete Alexander, der früher der Erste Lord der Admiralität war, meinte, daß die von Sir Austen Chamberlain gemachte Geste im ganzen Land anerkannt werden und Zustimmung finden würde. Die Tatsache, daß man heute Abend in der Lage sei, ohne ernstes Bedauern auf die Ereignisse der Woche zurückzublicken, sei dem Geist der Loyalität der Flotte zu danken, und vor allem auch den großen Diensten, die in dieser Krise der stellvertretende Flottenchef geleistet habe. — Hall zog darauf seinen Antrag zurück, was mit die Aussprache über die Vorkommnisse auf der Atlantischen Flotte beendet war.

Erklärungen Chamberlains und Macdonalds über die Löhnungsrevolte

London. Sir Austen Chamberlain bestätigte im Unterhaus seine letzten Verfügungen an die Flotte, wonach die Beschwerden der Mannschaft untersucht, Fälle von Disziplin



Englische Flottenmanöver wegen Matrosenrevolte abgebrochen

Die Soldherabsetzungen der englischen Marinesoldaten haben zu ernstlichen Unruhen geführt. Das Atlantik-Geschwader hat die Herbstmanöver abbrechen müssen und ist in die Häfen zurückgekehrt. Die Mannschaften dürfen die Schiffe nicht verlassen, da die Flotte unter Strafaufsicht steht und interniert worden ist. Die Admiralität hat eine sofortige Untersuchung zugesagt. — Unser Bild zeigt das englische Schlachtschiff „Repulse“ bei der Ausfahrt zum Manöver. Die „Repulse“ ist eins von den acht Kreuzschiffen, auf denen die Unruhen ausbrachen.

Der sozialistische Abgeordnete Kenworthy erklärte, man dürfe die Absicht der Opposition nicht falsch verstehen, wenn sie die Klagen der Mannschaften im Unterhaus zur Sprache gebracht hätte. Sie wolle keineswegs die Insubordination gut heißen oder beschönigen, aber in solchen Fällen sei

der Grund auch häufig in einem Mangel an Verständnis seitens der Offiziere zu suchen, die die Befehle gegeben hätten. Er habe volle Sympathie für die Offiziere der Flotte, die während der kritischen Tage einen schweren Stand gehabt hätten.

Sir Austen Chamberlain dankte im Namen der Regierung dem Abgeordneten Hall für die Worte der Anerkennung, die er für den Flottenchef gefunden habe. Auch die Admiralität habe ihm ihre volle Anerkennung zum Ausdruck gebracht.

Es sei nicht gerecht, daß man allen Mannschaften der Flotte die Beteiligung an den Unruhen vorwerfe. Ein großer Teil der Besatzungen und das gesamte Unteroffizierskorps seien loyal geblieben. Es sei natürlich wenig schön, daß man die Mannschaften überhaupt erfragen mußte, Opfer zu bringen, aber im Rahmen der Sparpolitik müsse das ganze Land angesichts der Notlage seine Beiträge liefern. Wenn bei einzelnen Kategorien Härten entstanden seien, so würde man diese untersuchen und, wenn möglich, Abhilfe schaffen. Nach seiner Ansicht wüßten die Leute aus der Flotte sehr wohl, wie die Lage des Landes sei. Der Abgeordnete Hall habe darum gebeten, daß für das, was in der Vergangenheit geschehen sei, keine Bestrafung eintreten solle.

losigkeit aber streng bestraft würden. Er fügte hinzu, daß er bei Übernahme seines Amtes schon die Anweisungen über die Sold- und Gehaltsheraufhebungen ausgearbeitet vorgefunden hätte. Einer ergänzenden Mitteilung Macdonalds zufolge hatte die Admiralität schon die vorangegangene Regierung davon verständigt, daß die Mannschaften der Marine loyal die Abstriche in ihrer Löhnung annehmen würden, vorausgesetzt, daß dementsprechende Gehaltserhöhungen auch bei allen anderen Beamten und Angestellten der Regierung und der Kommunen sowie auch Abstriche bei den Arbeitslosen zahlungen stattfänden.

London. Die Chefs der drei Marinestationen Großbritanniens sind von der Admiralität nach London befohlen worden, um zusammen mit Vertretern des Ministeriums einen Plan aufzustellen und zu erörtern, wie die Untersuchung über die von den Mannschaften der Flotte erhobenen Beschwerden durchgeführt werden soll. In der Marinegarnison Devonport sind den Kommandeuren von den Mannschaften schriftliche Beschwerden eingereicht worden, die nach Sichtung der Admiralität vorgelegt werden. Der Chef des englischen Geschwaders in Ostafrika meldet, daß auf seinen Schiffen keine Unbotmäßigkeiten vorgekommen seien. Gleichartige Meldungen liegen auch aus den südamerikanischen Stationen vor.

„Graf Zeppelin“ zu seiner zweiten Südamerikafahrt gestartet

Friedrichshafen. Das Luftschiff ist in der Nacht zum Freitag um 1,15 Uhr bei finsterner Nacht unter Führung von Kapitän Lehmann zu seiner zweiten diesjährigen Südamerikafahrt nach Pernambuco aufgestiegen. An Bord befinden sich neun Passagiere. Auf dem Werftgelände hatten sich trotz der vorgerückten Stunde sehr viele Zuschauer eingefunden. Dr. Edener, der an dieser Fahrt nicht teilnimmt, war beim Start anwesend.

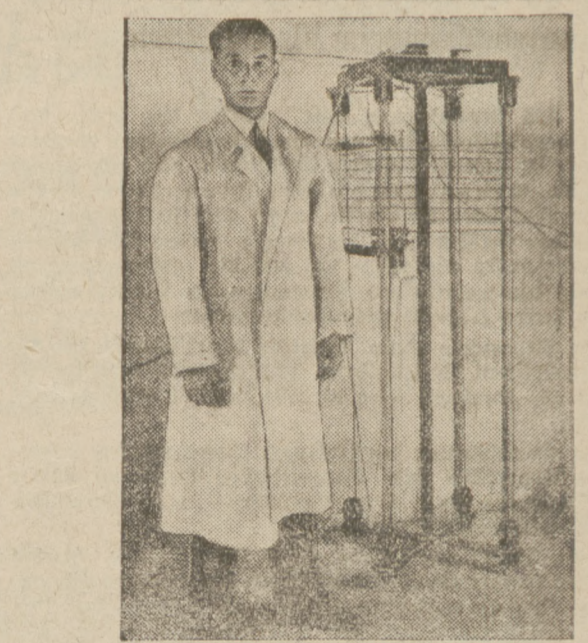
Die Beratungen über die Bankenaufsicht abgeschlossen

Berlin. Die Beratungen des Reiner-Ausschusses über die Bankenaufsicht, die am Donnerstag im Reichsfinanzministerium stattfanden, sind, nach einer Meldung Berliner Blätter, zum Abschluß gelangt. Die Sachverständigen hatten gegen Einzelheiten des ihnen vorgelegten Notverordnungsentwurfes starke Bedenken geäußert, im übrigen aber dem Entwurf zugestimmt. Mit der Veröffentlichung der entsprechenden Notverordnung sei am Sonnabend zu rechnen.

Blutige Zusammenstöße in Spanien

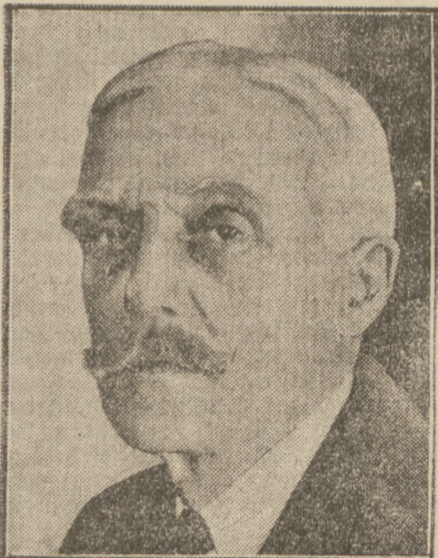
Paris. In Ronda bei Saragossa versuchten kommunistische Arbeiter die Gendarmerieunterkunft zu stürmen. Sie wurden mit Gewehrfeuer empfangen. Ein Arbeiter wurde getötet, ein Arbeiter schwer verletzt.

Auch in Olivares bei Sevilla kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Bürgergarde und der Zivilbevölkerung. Bei einem Feuergefecht wurden 3 Personen schwer verletzt.



Versuche mit „Todesstrahlen“ gelungen

Auf dem Bodensee wurden nächtlich Versuche mit den geheimnisvollen Todesstrahlen unternommen, die von dem deutschen Chemiker Schimms entdeckt worden sind. Es gelang, eine vom Sendapparat 200 Meter weit entfernte Seemine durch die vollkommen drahtlose Übertragung der elektrischen Energien in die Luft zu sprengen. Schimms wird sich demnächst nach Amerika begeben, wo ihm die Geldmittel zum Ausbau seiner Erfindung zur Verfügung gestellt werden.



Für ein dreijähriges Moratorium

für Kriegsschulden und Reparationen hat sich in einer diesbezüglichen Rede der amerikanische Schatzsekretär Mellon eingesetzt, da eine einjährige Schuldenausschubung für die internationale Wirtschaft kaum von einschneidender Bedeutung ist.

Bieliż, Biala und Umgegend

Bieliż und Umgebung

Der ärmste Mann.

Wer ist der Ärmste? Der stempeln geht?
Der nicht ernten kann, was er gefät?
Der sein Geld verloren und Hab und Gut,
In Straßen bettelnd zieht seinen Hut? ...
Nein, Freund, der ist der ärmste Mann,
Der nicht mehr kämpfen und hoffen kann.

Retorische Blüten in der Gläubigerverammlung.

„Der Konkurs — sagte ein Redner schwunghaft — ist wie ein Flugzeug, das infolge eines Defektes zugrunde geht. Die Passagiere verlieren ihr Leben. Der Pilot rettet sich selbst und bemächtigt sich ihres Hab und Guts.“

Wirklich ein merkwürdiger Fall. Das Luftschiff wird zerschmettert. Die Besatzung geht in den Tod. Nur der Pilot bleibt am Leben und — bereichert sich am Unglück der ihm anvertrauten Passagiere.

Ein seltsamer Fall. Sehr phantastisch und eine hohe Meinung von der Aufgabe des Konkursmasseverwalters.

Prosaische Frage: Da sollte man doch das Institut eines Konkursmasseverwalters aber auch des Ausgleichsmasseverwalters abschaffen?

Merkwürdiger Gedankengang eines Piloten, der nur auf der festen Erde „pilotiert“.

Aber die Bank muß liquidiert werden.

Ein anderer Redner meinte: Gut, wir nehmen den Ausgleichsantrag an, aber die Bank muß liquidiert werden.

Das war ein Jurist.

Daher eine Frage: Welchen Einfluß haben die Gläubiger auf dem Geschäftsgang eines falliten Unternehmens — nach Annahme eines Ausgleichsvorschlages?

Und warum soll durchaus die Bank liquidiert werden? Wenn sie ihre Geschäfte fortführt, allerdings bei gediegenerer Aufsicht als bisnun, dann bietet sie doch größere Garantie, daß die 60 Prozent doch ausgezahlt werden.

Schweigen ist auch eine Antwort.

Ein Redner sagte: „Grundbedingung ist, daß die Mitglieder des Gläubigerrates reine Hände haben.“

Vermutlich meinte der Redner nicht jene Reinheit der Hände, die mit Wasser und Seife zu erreichen ist.

Die Mitglieder des Gläubigerrates waren anwesend. Hörten diese Worte und schwiegen — beharrlich —.

Fragwürdiger Mut.

Der „schlechte Sohn“, der von Zeit zu Zeit die Ergüsse seiner Pilotenphantasie in die Presse bringt, donnerte: „In der „Volksstimme“ werden Artikel gebracht, die niemand zeichnet. Ich aber besitze den Mut, meine Artikel mit meinem Namen zu zeichnen.“

Wirklich wahr. Dazu, solche Artikel namentlich zu zeichnen, gehört wirklich Mut. Ein trauriger Mut, vielleicht gar Uebermut?

Stadttheater-Bieliż. (Beginn d. Abonnements-Einschreibungen.) Die Bieliżer Theatergesellschaft m. b. H. teilt ihren Stammabonnenten mit, daß der Umtausch der Abonnements-Bestätigungen gegen die Abonnementsarten für die Spielzeit 1931/32 (1. Oktober 1931 bis 30. April 1932) in der Gesellschaftskasse Stadttheater 1. Stock, an den Wochentagen in der Zeit von 9—12 Uhr vorm. und von 3—5 Uhr nachm. vorgenommen werden kann. Bei Entgegennahme der Abonnementsarten ist die erste Abonnementsrate zu zahlen. Bei Gastspielen genießen die Abonnenten gegen Vorweisung ihrer Abonnementsarten an der Theaterkasse eine 10prozentige Preisermäßigung, außerdem steht ihnen zwei Tage vor dem allgemeinen Verkauf für die bezügliche Vorstellung das Vorkaufsrecht zu.

Wie die Nationalisten die Krise bekämpfen

Die Nationalisten aller Lager betrachten als ihr höchstes Ideal die nationale Hege gegen andere Nationalitäten. Mag das eigene Volk vor lauter Elend gänzlich zugrunde gehen, das läßt sie vollkommen kalt, wehe aber, wenn eine andere Sprache laut wird, dann sind sie wie die wütenden Räter.

Zu dieser Sorte der Nationalisten gehören auch die Macher der „Polska Zachodnia“ und der „Zjednoczenie“. Diese wachen mit Argusaugen ob nicht irgendwo eine deutsche Aufschrift zu lesen ist und sollte es auch über einer Klosett-Tür sein. Sofort wird Zeter und Mordio geschrien und mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, wird auf die Beseitigung einer solchen Aufschrift hingearbeitet!

Die „Polska Zachodnia“ hat wieder herausgefunden, daß einige hiesige Textilfirmen deutsch korrespondieren! Was das für ein Verbrechen sein soll, ist uns wirklich unklar! Uebrigens ist dies eine Privatsache, in welcher Sprache jemand seine Korrespondenz erledigt.

Was aber das Dümme an dieser nationalen Hege ist, das ist wieder die Drohung mit Entziehung von Staatsaufträgen für diese Firmen. Zwecks wirksamer Verfolgung dieser Uebelthäter, werden die Namen dieser Firmen öffentlich angeführt! Die „Zjednoczenie“ geht noch weiter, indem sie behauptet, daß außer den angeführten Firmen, weit mehrere deutsch korrespondieren.

Wie blind diese Nationalisten in ihrem Eifer sind, bemerken sie gar nicht. Der Staat hat vor allem daran das größte Interesse, daß er von den inländischen Warenlieferanten am besten und billigsten bedient wird. Die Nationalität spielt dabei gar keine Rolle, denn jeder Unternehmer muß seine Steuer an den Staat entrichten. Auch sind obendrein in jedem Betriebe polnische Arbeiter beschäftigt. Diese Hege und Drohung mit Entziehung der staatlichen Aufträge an deutschkorrespondierende Firmen würde nur das erreichen, daß infolge Stillstandes dieser Firmen auch polnische Arbeiter brotlos würden!

Darum ist diese nationalistiche Hege recht blöd. Außerdem ist der Kapitalismus, dessen Kind der Nationalismus ist, auch international. Diese Geldjadensmenschen verhandeln sich untereinander sehr gut, wenn es gilt, gute Geschäfte auf Kosten der Arbeiterklasse zu machen.

Nur das arme Volk wird gegeneinander gehetzt, wobei dann einige Hyper-Nationale ihr fettes Profitchen machen.

Der Nationalismus hat den Völkern noch nichts Gutes gebracht, im Gegenteil verdanken wir der nationalistischen Hege den Weltkrieg und auch das heutige Elend!

Wenn diese nationalistischen Heher kein anderes Rezept zur Behebung der Arbeitslosigkeit haben, dann mögen sie sich alle heimgeigen!

Rundmachung.

Der Magistrat der Stadt Bielsko bringt zur allgemeinen Kenntnis, daß Samstag, den 19. Sept. 1931, vorm. 8 Uhr, am Viehmarktplatz neben dem städt. Schlachthaus in Biala eine öffentliche Versteigerung von ausgemusterten Militärpferden stattfindet.

Ueber die Estkomptebank.

Die Ausgleichsverhandlung wurde wieder bis zum 28. Oktober verschoben. Durch dieses ewige Hinziehen werden nur unnütze Kosten verursacht, welche letzten Endes, doch nur die Gläubiger zu bezahlen haben werden. Zu bedauern sind nur jene Einleger, die sich auf die alten Tage einen Spargroschen sicherstellen wollten und heute Gefahr laufen, ihre mühsam zusammengebrachten Ersparnisse teilweise, oder gar gänzlich einzubüßen!

Zahnatelier

Dipl. Dent. Rudolf Brechner

Bielsko, Krasinskięgo 25, Tel. 2316 ord. v. 9-5

Richtigstellung. In der Freitagnummer vom 18. September hat sich in dem Bieliżer Teil ein unliebsamer Druckfehler eingeschlichen. In dem Artikel „Die Beskidenländische Deutsche Zeitung als Prophetin“ soll es im vorletzten Absatz, anstatt angefaulten Namen, angefaulten Baume richtig heißen.

Volksbühne Biala-Dipnik veranstaltet am Samstag, den 3. Oktober 1931, um 8 Uhr abends im Saale des Arbeiterheimes in Bielsko, die Operettenaufführung „Die geschiedene Frau“, Operette in 3 Akten, wozu alle Freunde und Gönner auf das herzlichste eingeladen werden. Nach Schluß der Aufführung Tanz. Entree: im Vorverkauf 1,50 Zł., an der Kasse 2,00 Złoty. Am zahlreichen Besuch bittet die Bühnenleitung.

Unfiten beim Obstessen.

Auf die gesundheitliche Bedeutung des Obstgenusses für jung und alt braucht wohl nicht mehr besonders hingewiesen zu werden. Es haben sich indessen vielfach beim Obstessen Unfiten eingebürgert, die den gesundheitlichen Wert des Obstgenusses leicht in Frage stellen und statt Nutzen körperlichen Schaden stiften können. Viele Menschen, besonders Kinder, beißen in jede Birne oder Pflaume, in jeden Apfel oder Pfirsich hinein, unbekümmert um die Herkunft dieses Obstes. Lang ist oft der Weg vom Baum bis in den Mund des Verzehrers. Durch unzählige, sicherlich nicht immer laubere Hände geht solches Obst. Straßenstaub und Schmutz, Fliegen und Bakterien aller Art, zumal wenn man Obst auf der Straße kauft, haben sich auf den Früchten niedergelassen. Arglos schluckt alles dies derjenige hinunter, der einfach in das Obst hineinbeißt. Wer darf sich dann wundern, wenn er von Leibschmerzen oder Durchfall, wo nicht gar von ernsterer Krankheit, wie Typhus, Ruhr oder dergleichen, einmal heimgeschickt wird! Darum wasche oder, wenn möglich, schäle man Obst stets vor dem Genuß. Die Schale darf man indessen nicht achtlos wegwerfen. Durch diese verbreitete Unfiten ist schon mancher zu Fall gekommen und hat sich dabei Arm oder Bein gebrochen! Bei Kernobst, z. B. bei Kirschchen oder Pflaumen, haben vor allem Kinder oft die Angewohnheit, die Kerne mit zu verschlucken. Wenn es sich dabei nur um einmaliges Verschlucken handelt, so pflegt dies meist ohne Schaden abzugehen. Werden Kerne in größerer Zahl verschluckt, so kommt es zwar kaum je zu der vielfach gefürchteten Blinddarmentzündung, wohl aber können ernstere Verletzungen der Magendarmschleimhaut die Folge sein. Das Aufknacken oder Aufbeißen von Kernen ist ebenfalls vielfach beliebt, stellt aber durch den Gehalt der Kerne an Blausäure gleichfalls eine Gesundheitsgefahr dar. Auch der Genuß unreifen Obstes ist eine Unfiten, die man nicht selten mit einem Darmkatarrh büßen muß. Schwer rächen kann sich schließlich der Genuß von größeren Mengen Wasser, Selterwasser, Milch oder Bier bei gleichzeitigem Obstverzehr. Vor allem besteht diese Gefahr bei leicht quellbaren Früchten wie Kirschchen, Stachelbeeren und besonders Weintrauben. Wenn zum Obst durchaus Flüssigkeit genossen werden muß, so möge man wenigstens nach dem Obstgenuß einige Zeit verstreichen lassen und auch dann nur geringe Mengen Flüssigkeit zu sich nehmen.

Sportliches

1. Runde der Pokalspiele.

- 20. September, 10 Uhr vorm., Platz: Aleksandrowice. Verein jugendl. Arbeiter Aleksandrowice gegen Arb.-Turn- u. Sportv. „Vorwärts“ Bielsko. Schiedsr. Barthe Paul.
- 20. September, 3 Uhr nachm., Platz: Aleksandrowice. Verein jugendl. Arbeiter Bielsko gegen Freie Turner Nikelsdorf. Schiedsrichter: Kolinger Karl.
- 27. September, 10 Uhr vorm., Platz: Aleksandrowice. Verein jugendl. Arbeiter Bielsko gegen Verein jugendl. Arbeiter Aleksandrowice. Schiedsrichter Nikiel Hans.
- 27. September, 3 Uhr nachm., Platz: Aleksandrowice. Arbeiter-Turn- und Sportv. „Vorwärts“ Bielsko gegen Freie Turner Nikelsdorf. Schiedsrichter Kolinger Edmund.

Wo die Pflicht ruft!

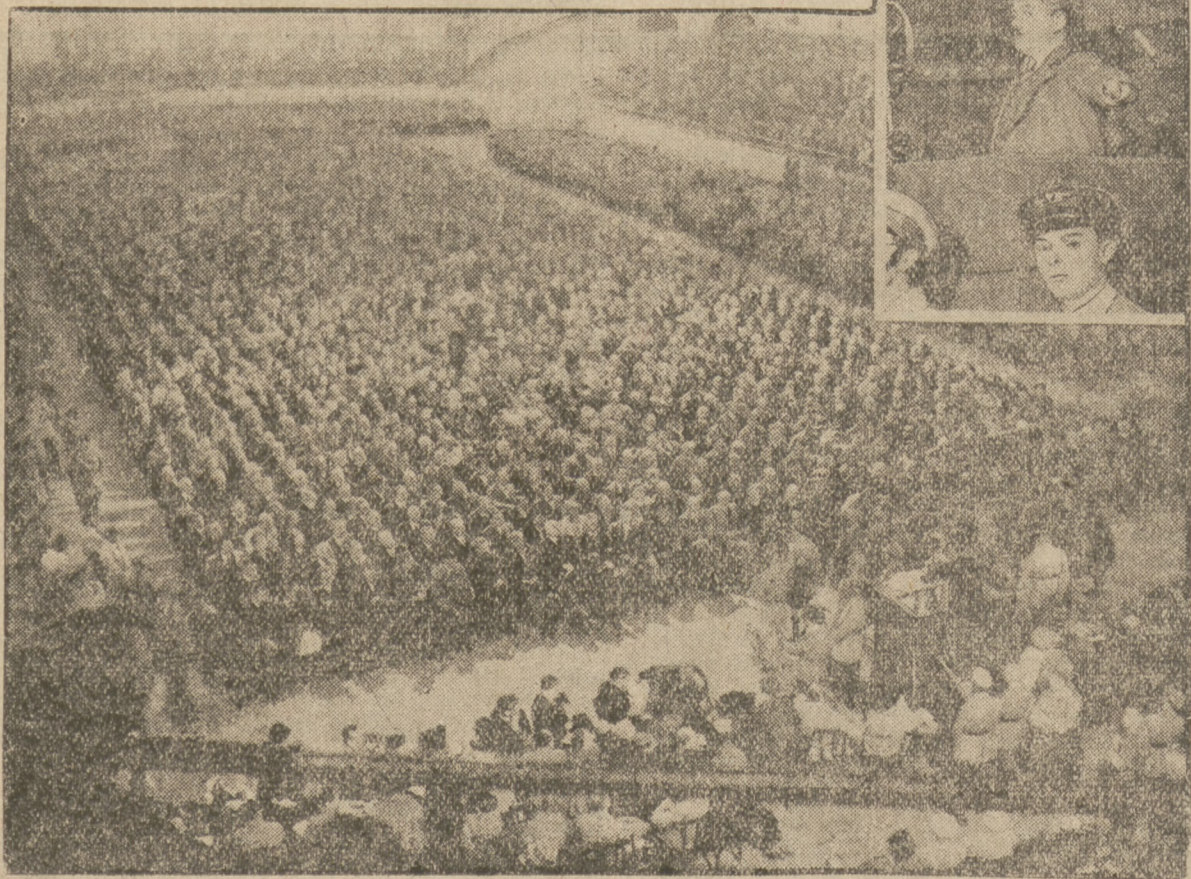
Wochenprogramm des Vereins jugendlicher Arbeiter Bieliż.
Freitag, den 18. Sept., 7 Uhr abends, Theaterprobe auf der Bühne.
Sonntag, den 20. Sept., 3 Uhr nachm., Pokalwettspiel gegen Freie Turner Nikelsdorf, am Sportplatz Aleksandrowice, 6 Uhr abends Volkstanz, Probe, nachher Spielabend. Die Vereinsleitung.

Arbeiterturn- und Sportverein „Vorwärts“ Bieliż. Am Samstag, den 19. September l. J. findet um 6 Uhr abends im Arbeiterheim in Bieliż die fällige Vorstandssitzung statt. Sämtliche Vorstandsmitglieder haben bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Die Vereinsleitung des Arbeiter-Abstinenzband in Bielsko veranstaltet am Sonntag, den 20. September eine Besichtigung der Talsperre in Lobniż, wozu obengenannte Vereinsleitung alle ihre Mitglieder und Gönner auf das freundlichste einladet. Treffpunkt um 3 Uhr nachmittags bei der Restauration Jollwaczny in Luisental, von wo aus gemeinsamer Abmarsch zur Talsperre erfolgt. Im Falle ungünstiger Witterung erfolgt die Besichtigung am nächsten folgenden schönen Sonntag.

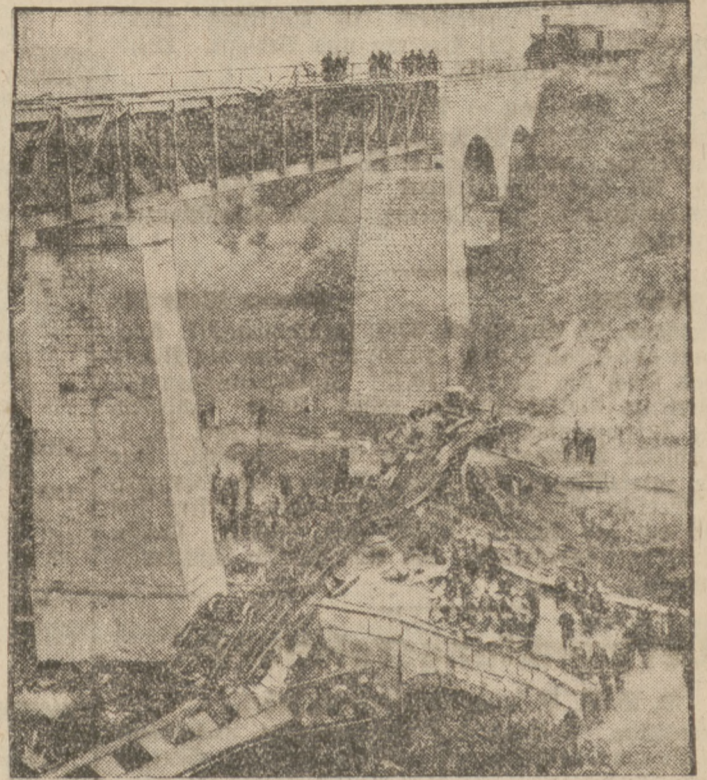
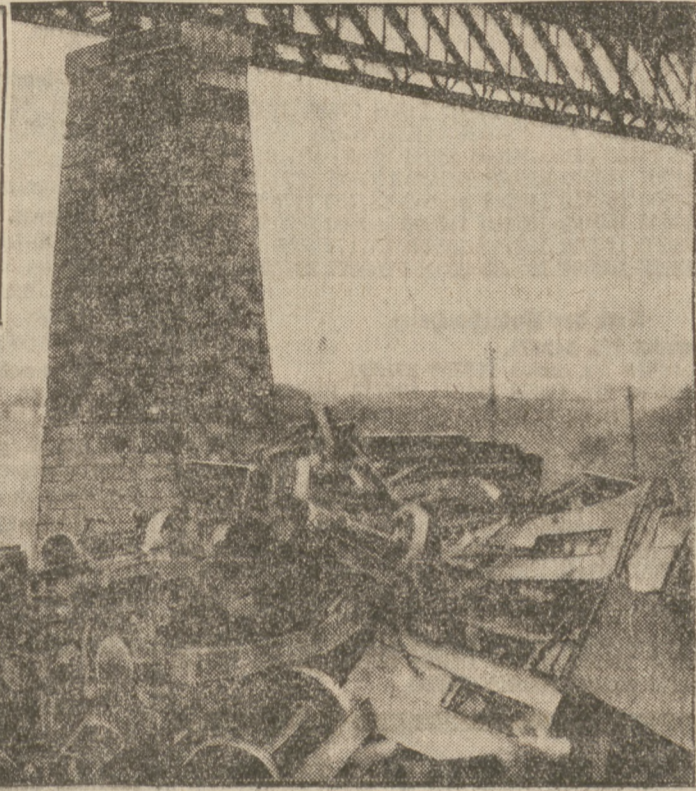
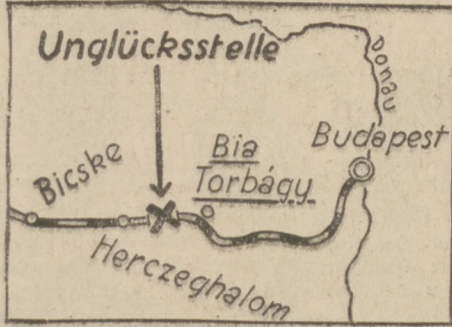
Die Vereinsleitung
Nikelsdorf. Am Samstag, den 19. d. M. findet um 7 Uhr abends in Gansers Gasthaus eine Vorstandssitzung der Freien Turnerschaft von Nikelsdorf statt. Nach der Vorstandssitzung Mitgliederversammlung.

S. P. D.-Abrechnung mit den Kommunisten



Blick in die Rieserversammlung im Berliner Sportpalast. Oben rechts: Reichstagsabgeordneter Künstler, der Vorsitzende der Berliner S. P. D., bei seiner Rede gegen die Kommunisten. — Eine Rieserversammlung ab, zu der auch kommunistische Redner kamen, es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Etwa 130 000 Personen waren dem Rufe ihrer Führer gefolgt.

Das erste Originalbild von dem Eisenbahnattentat bei Budapest



Die Trümmer des heruntergestürzten Eisenbahnzuges am Fuße des Viadukts von Biatorbágy. — Oben links: Karte der Eisenbahnstrecke. — Rechts: Das Viadukt von Biatorbágy mit den heruntergestürzten Waggons. — Das furchtbare Eisenbahnattentat bei Budapest, dem 25 Menschenleben zum Opfer fielen, erweist sich durch die Untersuchung immer deutlicher als wohlvorbereitetes Unternehmen, hinter dem eine internationale Anarchistenorganisation zu stehen scheint.

Besuch in einem preussischen Zuchthaus

Von Karl Hans Strube.

Die Gefangenen einer Anstalt sind einzuteilen in schwer zu behandelnde, leicht zu behandelnde, besserungsfähige, nicht mehr besserungsfähige, rückfällige, psychopathische und vollwertige. Man sieht, das ist doch schon eine recht ausgedehnte Einteilung, und doch reicht sie bei weitem nicht aus.

„Eigentlich“, erklärt einer der älteren Wärter, „müßte es genau so viele Einteilungen wie Gefangene geben, weil jeder verschieden ist und anders behandelt werden will. Auch beim Strafvollzug haben wir jetzt drei Stufen, aber es müßten hunderttausend Stufen sein.“

„Das wird ja nie möglich sein. Wie helfen Sie sich da?“
 „Nun, in der Praxis gibt es schon hunderttausend Stufen, weil man ja doch mit jedem Gefangenen etwas anders umgeht als mit dem anderen. Wenn man lange Zeit Dienst tut, lernt man die verschiedenen Typen schon kennen und stellt sich von Anfang an, sobald sie eingeliefert werden, auf sie ein.“

„Wie ist das nun mit den drei Stufen?“
 „Sehr einfach, in die Stufe 1, die sogenannte Eingangsstufe, kommt jeder, der eingeliefert wird, gleichgültig, wie lange er zu sitzen hat. Hier wird er behandelt wie bisher, das heißt, der ursprüngliche Strafvollzug ist maßgebend. Es gibt Leute, die niemals aus der Stufe 1 herauskommen.“

„Warum?“
 „Da sind zuerst einmal die, welche nur ein Jahr oder wenig mehr abzusitzen haben. Wenn man andere drei Jahre warten läßt, ehe sie die Stufe 2 erreichen, kann man kurzfristige Gefangene nicht schon nach drei Monaten wieder hinaufnehmen. Das geht nicht. Außerdem gibt es Verbrecher, für die die Begünstigung nicht geschaffen zu sein scheint. Sie wollen auch nicht tun, was man ihnen sagt, sie fügen sich nicht der Hausordnung, bleiben lieber in der Stufe 1 und betrachten uns als ihre Todfeinde.“

„Trifft man diesen Typ häufig?“
 „Nicht sehr. Unter hundert Gefangenen vielleicht drei oder vier. Im allgemeinen dauert es drei bis fünf Jahre, bis einer der Gefangenen in die Stufe 2 versetzt wird.“

„Gibt es da eine Art von Prüfung?“
 „Die Prüfung sind die drei bis fünf Jahre, in denen er sich mehr oder weniger gut geführt hat. Die Erleichterungen sind aber so groß, daß wohl jeder danach trachtet, die Stufe 2 zu erlangen. Der Gefangene darf rauchen, was ihm bisher unterlag war und was er als ungemein schmerzhaft empfand. Er darf seine Zelle mit Bildern schmücken, darf sich in einem Käfig Vögel oder anderes Getier halten, auch Musikinstrumente sind ihm gestattet.“

„Es gibt doch auch Vorträge...“
 „Darauf wollte ich gerade zu sprechen kommen. Alle acht Wochen lang kann er sich einen belehrenden oder unterhaltenden Vortrag ausuchen. Abends kann er das Licht etwas länger brennen lassen, darf häufiger schreiben, öfter Besuch empfangen. Jede Woche kommen die Gefangenen der Stufe 2 einmal abends in einem Gemeinschaftsraum zusammen und dürfen sich unter Aufsicht unterhalten. Gleichzeitig hat man eingeführt, daß sie einen Obmann wählen können, der nicht nur ihre Wünsche vor dem Direktor vertritt, sondern auch für Sauberkeit in den Zellen sorgt und Ruhe und Ordnung unter den Gefangenen hält. Der Obmann ist eine große Unterstützung für die Aufseher.“

„Wer wird Obmann?“
 „Die Gefangenen wählen ihn selbst. Allerdings muß der Direktor ihn bestätigen.“

„Wie ist das nun mit der Stufe 3?“
 „Wir sind mit der Stufe 2 noch nicht fertig. Was die Gefangenen fast ausschließlich am meisten erführen, das Tragen von Zivilkleidern, ist den Mitgliedern der Stufe 2 an Sonn- und Feiertagen, sowie beim Besuch der Vorträge innerhalb der Anstalt gestattet. Außerdem dürfen sie sich in ihrem Gemeinschaftsraum Zeitungen, Zeitschriften usw. halten.“

„Natürlich von ihrem eigenen Geld.“
 „Das ist nicht ganz richtig ausgedrückt. Das eigene Geld spielt keine Rolle, nur das in der Anstalt verdiente. Ein Millionär hat hier genau so viel wie ein Bettler. Durchschnittlich verdient der fleißige Gefangene 40 bis 45 Pfennige am Tage, wovon ein Teil zurückbehalten und ihm beim Verlassen der Anstalt ausgezahlt wird. Mit dem Gelde, über das er verfügen darf, kann er machen, was er will, soweit hierzu Erlaubnis erteilt wird.“

Ich interessiere mich dafür, wonach die Gefangenen zuerst greifen, wenn sie aus der Eingangsstufe in die Stufe 2 versetzt worden sind, und frage einige von ihnen.

„Die Zigarette“, ist die Antwort.
 „Das Rauchverbot wird als größte Qual empfunden. Selbst Leute, die früher ausgesprochene Nichtraucher waren, gewöhnen sich im Zuchthaus die Zigarette an. Ueber die Stufe 3 lächeln die meisten. Sie haben keine Aussicht, hineinzugelangen, weil ihre Strafe zu kurzfristig ist.“

„Diese Sondervergünstigungen der Stufe 3 haben nur einen Zweck bei Leuten, die sechs Jahre und länger hier sind und langsam den Kontakt mit der Außenwelt verlieren. Das soll aber verhindert werden, denn nach Ablauf ihrer Strafe — selbst die Lebenslänglichen werden heute fast nach

15 bis 20 Jahren entlassen — treten sie ja wieder ins Leben zurück. Erstklassige Führung innerhalb von mindestens fünf Jahren gibt Anwartschaft auf die Stufe 3. Dort haben die Gefangenen öfters Freitunden in der Woche, dürfen auch völlig ohne Aufsicht in ihrem Gemeinschaftsraum zusammen sein. Hin und wieder wird einigen ein Fußballspiel im Hofe gestattet. Ueberhaupt will man die Leute etwas mehr an eine Art von Freiheit gewöhnen.“

„Es gibt doch auch Urlaub, nicht wahr?“
 „Ganz recht. Das ist die neueste Errungenschaft in Preußen, wie denn Preußen den fortschrittlichsten Strafvollzug der ganzen Welt besitzt. Jedes Mitglied der Stufe 3 erhält im Jahre acht Tage Urlaub, die er verteilen kann. Der eine geht achtmal einen Tag in die Stadt, der andere einmal acht Tage lang. Die meisten nehmen die acht Tage in zwei Abschnitten. Das lohnt sich auch am besten.“

„In dieser Zeit bleiben sie ohne Aufsicht?“
 „Jawohl. Aber bisher sind noch alle wiedergekommen.“

Der Bonze

Was heute zum täglichen Brot des Kommunisten und Hitlerjünglings der D.M.A. und des Lotalenzeigers gehört, Ausbrüche wie Bonzenwirtschaft, Verbonzung, Gewerkschaftsbonzon, Partei-bonze, traf man vor dem Kriege höchstens im politischen Sprachgebrauch der Anarchisten und Syndikalisten. Marx und Engels waren ihnen ebenso Bonzen wie Bebel, Jaures und Viktor Adler. Sie hießen Bonzen, weil sie Führer waren und Autorität besaßen. Seinen heutigen Sinn, nämlich Vertrauensmann, der seine Funktion benützt, um sich zu bereichern, Postenleber, versetzter Spießer, verkaufter Vertreter, Bürokrat, Streber, hat das Wort erst seit wenigen Jahren erhalten. Es war im Munde eines Anarchisten kein Lob, aber es enthielt doch nicht den Vorwurf des materiellschmutzigen, egoistisch-verbrecherischen, den es heute hat. Seine neue Bedeutung ist die vierte, welche es im Laufe von noch nicht vier Jahrhunderten der Reihe nach bekommen hat. Es erging ihm dabei, wie es so vielen Wörtern ergangen ist. Nur selten kommt es vor, daß ein Wort im Laufe der Zeit seinen Sinn verbessert. Das englische Wort für Königin, Queen, bedeutet nichts weiter als „die Frau“, es ist verwandt mit dem griechischen gyne, Weib, Frau. Der spanische Infant ist das „Kind“ (von dem lateinischen infans). Weit häufiger sind die Fälle, daß ein Wort seinen Sinn verschlechtert. Eine Mähre ist für uns nicht mehr ein Pferd schlechthin, wie ehemals, sondern ein schlechtes Pferd; das gute Wort Weib hat einen verächtlichen Klang; Pfaffe hieß ursprünglich nichts weiter als der Priester und war durchaus kein Schimpfwort. Auch das Wort Bonze bezeichnet von Haus aus keineswegs etwas Verächtliches. In dem ersten Schriftstück, in dem es vorkommt, ist es der Name für buddhistische Priester in Japan. Der portugiesische Jesuitenmissionar Jorge Alvarez schrieb in einem Bericht 1547:

„Die Japaner haben zwei Arten von frommen Häusern. Diese Häuser haben Priester, die darin wohnen. Sie heißen Bonzen.“
 Bonzen nennt die buddhistischen Priester auch zwei Jahre später in einem Brief aus Kagoshima der bedeutendste der christlichen Missionare in Japan, Franz Xaver, und in seinem Schreiben vom 29. Januar 1552 gibt er auch an, warum er sie so nennt. Es ist angeblich der Name, mit dem sie sich untereinander bezeichnen. Die Briefe Franz Xavers wurden sehr bald in zahlreichen europäischen Sprachen übersetzt, aus dem portugiesischen ins lateinische, deutsche, französische, und unsere Wort Bonze ist das bloß in der Endung verdeutschte ursprüngliche bonzo. Was aber nun eigentlich bonzo bedeutet, hat den Orientalisten ziemlich viel Kopfschmerzen gemacht. Schlägt man im Brockhaus unter „Bonzo“ nach, so findet man, daß es „unbekannter Herkunft“ ist, Meyers Lexikon will darin ein verästeltes Wort erkennen, das wiederum nur die japanische Verballhornung des indischen Wortes Bodhisattva ist. Man hat vermutet, daß die alten Missionare mit bonzo ein japanisches Bonza wiedergeben, wobei Bonza selbst wieder nicht japanisch ist, sondern nur die japanische Aussprache des chinesischen Pan-tse, was die buddhistische Priesterhaft bedeutet. Manche wollten den Ursprung in dem himmlischen Wort hpongi finden, wieder andere rieten auf das chinesisch-japanische Hschi, „Lehrer des Gesetzes“. Man sieht, die Auswahl ist ziemlich groß. Es kann aber jetzt doch als gesichert gelten, daß die Missionare mit bonzo das japanische Bonzu oder Bonshu wiedergeben wollten. So ist die japanische Aussprache des chinesischen Pan, Kloster, und Zu oder Shu die des chinesischen Tschu, Vorsteher. In Südwestjapan, wo die Portu-

giesen zum ersten Male das Wort hörten, wird dieses so natürlich gesprochen, ähnlich dem französischen bon, womit sich die Schreibung bon erklärt. Der Bonze ist also in seiner ursprünglichen Bedeutung der Abt des buddhistischen Klosters, im weiteren dann der buddhistische Priester überhaupt.

Man sprach bald nicht nur von den buddhistischen Priestern in Japan als von Bonzen, sondern auch von denen in China, Hinterindien und bald von „Göhenpriestern“ in Wien überhaupt. Wenn schon die christlichen Missionare das Wort, wie nur zu verständlich, verächtlich gebrauchten, so galt es den Aufklärern des 18. Jahrhunderts allmählich gleichbedeutend mit dem Wort Pfaffe. So verwendet es in Frankreich Voltaire, in Deutschland Gottsched. Und von hier aus ist dann der Uebergang in den politischen Sprachgebrauch un schwer zu verstehen. Nicht umsonst verwenden es die Bonzen-Anhänger für die Marxisten, denn es ist ja nur eine andere Bezeichnung für die „Marxpfaffen“. Pfaffe und Bonze, beides will die Unterwerfung der Partei unter die Autorität eines Führers verhöhnern. Das Wort verspottet den geistigen Defekt der Geführten. Erst in allerjüngster Zeit endlich ist es zum Schimpfwort für den Führer selbst geworden. Es ist ein kurzes, gutes, brauchbares Wort. Es trifft ausgezeichnet — und damit sind wir wieder beim Anfang — Hitler, Goebbels, Eugenberg und Konforten. M.

Tiere mit und ohne Schlafbedürfnis

Der weitverbreitete Glaube, daß das Schlafbedürfnis der Tiere von der Größe und Entwicklung ihres Gehirns abhängt, ist in dieser Verallgemeinerung kaum zutreffend,“ schreibt Direktor Boulenger vom Londoner Aquarium in einem englischen Blatt. „Dieser Annahme widerspricht vor allem der Elefant, dessen Schlafbedürfnis überhaupt ein Rätsel der Zoologischen Gärten ist. Er bedarf offenbar nur einer Ruhe von wenigen Stunden. Elefantwärter versichern auf Grund ihrer langjährigen Erfahrung, daß sich die Dickhäuter, ebenso wie die Pferde, nur selten niederlegen und, wenn sie es doch tun, beim leisesten Geräusch wieder aufstehen. Auch Wale und Meeresschweine schlafen nur sehr wenig. Man hat beobachtet, daß die im New-Yorker Aquarium befindlichen Meeresschweine sieben Monate lang in beständiger Bewegung blieben, wenn sich diese Bewegung auch zur Nachtzeit weniger unruhig und langsamer äußerte. Am allerwenigsten aber trifft die Annahme, daß die Größe des Gehirns mit dem Schlafbedürfnis im Zusammenhang stehe, für die Angehörigen der gefiederten Welt zu. Das Gehirn der Vögel ist — im Durchschnitt — nicht größer als das der Reptile und zweifellos viel kleiner als das der großen Säugetiere, trotzdem sind die meisten Vögel Langschläfer und erfreuen sich eines ungewöhnlich tiefen Schlafes. Das gilt besonders für die Tageschläfer, eine kleine Minderheit der Vogelwelt, zu der in der Hauptsache die Eulen und Nachtschwalben gehören. Eine Spielart dieser Nachtschwalben, der in Indien und Australien beheimatete Pagarus, schläft so tief und so lange, daß sein Schlaf todesähnlich ist. Man kann ihn, ohne daß er den geringsten Widerstand leistet, von der Stange heben; er schläft ruhig weiter, wenn seine Gefährten neben ihm abgesehnen werden. Sein Gegenstück in der Welt der Säugetiere ist das Faultier. Den Schlafelend er Welt hält aber wahrheitlich eine Wüsten-Iskande, die, nachdem sie im Naturwissenschaftlichen Museum New Yorks über 2½ Jahre lang geschlafen hatte, plötzlich aufwachte und daran ging, ihre Umgebung zu erforschen.“

